

NRW-Integrationsministerin: Reform des Abschiebesystems dringend erforderlich

NRW-Integrationsministerin Josefine Paul fordert eine Reform des Abschiebesystems und betont die Notwendigkeit neuer Perspektiven.

Die Diskussion um das Abschiebesystem in Deutschland hat neuen Schwung erhalten, insbesondere nach einem recenten Angriff in Solingen. In einem Interview mit phoenix hat Josefine Paul, die NRW-Ministerin für Flucht und Integration, ihre Meinung zu notwendigen Reformen geäußert. Sie beleuchtet nicht nur die Dringlichkeit der Klärung bestehender Sachverhalte, sondern fordert auch die Entwicklung neuer Perspektiven innerhalb des komplexen Systems der Abschiebungen.

Paul betont, dass die Ereignisse in Solingen Fragen aufwerfen, die beantwortet werden müssen. Diese Fragen betreffen nicht nur die Landesbehörden, sondern das gesamte System der Abschiebungen. Ihre Überzeugung ist, dass es nicht genügt, die Probleme nur zu identifizieren: „Daraus müssen aber auch Perspektiven entwickelt werden“, erklärt die Ministerin weiter und weist auf die Notwendigkeit einer tiefer gehenden Auseinandersetzung mit den festgelegten Verfahrensweisen hin.

Abschiebungen und Verantwortung der Behörden

Ein zentrales Thema in der Diskussion ist die Handhabung der Dublin-III-Überstellungen. Diese sollen laut einer Resolution der Innenminister der Länder auf Bundesebene zentralisiert werden, was eine deutliche Vereinfachung der Abläufe zur Folge haben

könnte. „Es sei gut, dass der Bund jetzt direkt reagiert und in Gespräche gehe“, fügt Paul hinzu. Ihrer Meinung nach ist es wichtig, das Recht durchzusetzen und sicherzustellen, dass Rücküberstellungen auch praktisch umgesetzt werden können.

Das Augenmerk richtet sich nicht nur auf die allgemeinen Verfahren, sondern auch auf die spezifischen Fälle von Straftätern. Im Rahmen der aktuell durchgeführten Abschiebung haben 28 Straftäter das Land verlassen, darunter ein gefährlicher Täter aus Nordrhein-Westfalen. „Menschen, die hier Gefährder sind, schwere Straftäter sind, die können hier nicht bleiben“, so die klare Botschaft der Ministerin. Dieser Schritt zeigt die Entschlossenheit der Landesregierung, mit kriminellen Aktivitäten rigoros umzugehen, und unterstreicht die Ernsthaftigkeit der aktuellen Debatte über Flüchtlings- und Integrationspolitik.

Die jüngsten Entwicklungen und die offenen Fragen rund um das Abschiebesystem erfordern eine umfassende und klare Kommunikationsstrategie zwischen den verschiedenen Regierungen. In der Sondersitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat, die am Freitag stattfand, wurde der mutmaßliche IS-Terroranschlag in Solingen eingehend behandelt. Die Komplexität der Situation erfordert nicht nur eine klare Handlung, sondern auch umfassende Reformen, die sich an den aktuellen Herausforderungen orientieren.

Paul fordert einen langfristigen Ansatz, der über bloße Reaktionen hinausgeht. Angesichts der Sicherheitslage in Deutschland ist es unerlässlich, dass jede Maßnahme sowohl den rechtlichen als auch den humanitären Standards Rechnung trägt. Es besteht ein klares Bedürfnis nach einem transparenteren und einheitlicheren Verfahren, das sowohl den Asylsuchenden als auch den Sicherheitsanforderungen gerecht wird.

Das gesamte Interview mit Josefine Paul ist auf der Webseite von phoenix verfügbar und bietet tiefere Einblicke in ihre

Perspektive zur Reform des Abschiebesystems sowie die Herausforderungen, denen sich Deutschland gegenüber sieht.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)